

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 38. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt (SBR Alt/038/2022)

am Mittwoch, 6. Juli 2022,

17:00 Uhr

**Landeshauptstadt Dresden, Zentralbibliothek, Wilsdruffer Straße 18, 01067 Dresden,
Veranstaltungsraum, 1. Obergeschoss**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
 André Barth

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Jonathan Gut
 Tom Fabian Knebel abwesend zwischen 18:20 Uhr und 19:54 Uhr
 Susanne Krause
 Andrea Schubert anwesend ab 19:02 Uhr

Mitglied Liste CDU

Tobias Händler
 Lutz Hoffmann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Joachim Promnitz
 Jürgen Squar

Mitglied Liste DIE LINKE

Marco Dziallas
 Sven Houska
 Esther Ludwig anwesend ab 18:38 Uhr
 Patrick Marschner

Mitglied Liste SPD

Pascal Scholtys
 Edwin Seifert

Mitglieder

Rainer Pietrusky

Abwesend:Mitglied Liste CDU

Norbert Waldhelm entschuldigt

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Gordon Engler unentschuldigt

Mitglied Liste FDP

Marko Beger entschuldigt

Mitglieder

Anna Kahlich unentschuldigt

Verwaltung:

Herr Mann	Amt für Stadtplanung und Mobilität
Herr Samuelsson	Amt für Stadtplanung und Mobilität
Herr Wittstock	Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
Frau Rußig	Eigenbetrieb Sportstätten Dresden
Herr Broll	Eigenbetrieb Sportstätten Dresden
Herr Baronik	Eigenbetrieb Sportstätten Dresden

Gäste:

Herr Müller	Architektur Müller und Müller
Herr Zyka	Finanzconsult Immobilien
Herr Gärtner	
Frau Klenner	
Frau Wahl	
Herr Huth	
Frau Hunger	
Herr Prof. Dr. Stösslein	Verein der Freunde des Städtischen Klinikums Dresden e. V.
Herr Englisch	KlangRaum
Herr Konjen	
Frau Hilbert	Johannstadthalle e. V.
Frau Mühlbach	Stadträtin/SPD-Fraktion

Schriftführerin:

Marion Schröder	Bürgermeisteramt
-----------------	------------------

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|--|---------------------------------------|
| 1 | Präsentation des umgebauten Schulungsraumes | |
| 2 | Vorstellung Bebauung Quartier Friedrichstadt (Seminarstraße 16-18 und 20) | |
| 3 | Vorlagen und Anträge zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat | |
| 3.1 | Besetzung der Schiedsstelle Altstadt mit einer Protokollführerin/einem Protokollführer | V-Alt00101/22
beschließend |
| 3.2 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-023/22) Rettung Löwenskulpturen | V-Alt00105/22
beschließend |
| 3.3 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-020/22) "OpenAir Tanzpraktika"" | V-Alt00104/22
beschließend |
| 3.4 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt, hier: Kleinprojekt (Alt-021/22) "Lerne deinen Stadtteil kennen" | V-Alt00106/22
beschließend |
| 3.5 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-019/22) "Johannstädter Praktikums- und Lehrstellenbörse 2022" | V-Alt00103/22
beschließend |
| 3.6 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-017/22) KlangRaum2022 | V-Alt00107/22
beschließend |
| 3.7 | Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Aufwertung Bahnhof Mitte | V-Alt00100/22
beschließend |
| 3.8 | Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Ausgestaltung eines Aktivitätsbereiches (Bubbles) auf der Plaza des Heinz-Steyer-Stadions | V-Alt00108/22
beschließend |
| 3.9 | Beschlussempfehlung über besondere regionale Ereignisse im Jahr 2023 gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG | V-Alt00109/22
beschließend |
| 4 | Vorlagen und Anträge zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |

- | | | |
|------------|--|------------------------------|
| 4.1 | Bebauungsplan Nr. 301, Dresden-Altstadt II Nr. 13 Marschnerstraße | V1158/21
beratend |
| | hier:
1. Änderung der Grenzen des Bebauungsplanes
2. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
3. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf | |
| 4.2 | Umbau der JOYNEXT Arena zur Flexibilisierung der Nutzung und DEL-Tauglichkeit | V1529/22
beratend |
| 4.3 | Die Subventionierung öffentlicher Parkplätze beenden - Für eine Gleichbehandlung aller Mobilitätsformen sorgen! | A0313/22
beratend |
| 4.4 | Benennungskonzept für Straßen und Plätze rund um das neue Verwaltungszentrum | A0329/22
beratend |
| 4.5 | Neubenennung von Straßen, hier Benennung einer Straße im Bebauungsplan Nr. 3027 A, Dresden-Altstadt I Nr. 52, Ferdinandplatz/ Verwaltungszentrum in "Gebrüder-Arnhold-Platz" | A0319/22
beratend |
| 4.6 | Hans-Jürgen Dörner ehren – „Lennéstraße“ in „Dixie-Dörner-Straße“ umbenennen | A0330/22
beratend |
| 4.7 | Konzept zur „Erhöhung der Lebensqualität in Stadtvierteln und Verringerung der Auswirkungen des Kfz-Verkehrs“ | A0324/22
beratend |
| 4.8 | Dresden für junge Menschen attraktiver machen: Clubkultur retten | A0357/22
beratend |
| 5 | Kenntnisnahme der Niederschrift zur 36. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 04.05.2022 | |
| 6 | Informationen, Hinweise und Anfragen | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Barth begrüßt die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates Altstadt sowie die anwesenden Gäste zur 38. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 06.07.2022. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

Von 19 Stadtbezirksbeiräten sind 13 Mitglieder des Stadtbezirksbeirates anwesend, sodass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird eröffnet.

Herr Barth weist darauf hin, dass wenn einer Verletzung der Form und Frist der Ladung gerügt werden müsste, dann sollte dies jetzt getan werden, ansonsten gelte dieser Mangel als geheilt. Seitens der Stadtbezirksbeiräte werden keine Ladungsmängel gerügt.

Folgende Änderungen zur Tagesordnung werden von **Herrn Barth** bekannt gegeben. Die Tagesordnungspunkte 4.3, 4.4, 4.5 und 4.7 werden vertagt, da die 1. Lesung im federführende Ausschuss Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften noch nicht stattgefunden habe. Der Tagesordnungspunkt 4.6 werde auf Antrag des Einreichers vertagt. Weitere Änderungen werden nicht angezeigt, sodass Herr Barth in diese einsteigt.

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der heutigen Sitzung werden Frau Krause und Herr Houska vorgeschlagen.

- 1 Präsentation des umgebauten Schulungsraumes**

- 2 Vorstellung Bebauung Quartier Friedrichstadt (Seminarstraße 16-18 und 20)**

Da Herr Vincent von Vila-Immobilien nicht anwesend sei, könne der Teil zur Seminarstraße 16 bis 18 nicht vorgestellt werden, so **Herr Barth**. Herr Zyka sowie Herr Müller werden die Bebauung des Quartier Friedrichstadt vorstellen. Ebenso werde Herr Mann für Rückfragen zur Verfügung stehen.

Herr Barth teilt mit, dass es zu diesem Thema einige Diskussionen gegeben habe. Daraufhin habe man sich mit Herrn Bürgermeister Kühn zusammengesetzt und gemeinsam mit der Stadtplanung und den Bewohnerinnen und Bewohnern die Thematik erörtert. Des Weiteren gab es den Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes, welchen der Stadtbezirksbeirat auch zugestimmt habe. Allerdings seien auch die rechtlichen Probleme erörtert worden, die mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes und möglicher Schadenersatzforderungen verbunden seien. Gemeinsam mit Herrn Bürgermeister Kühn und der Bürgerinitiative sei vereinbart worden, dass die Vorhaben in einer Sitzung des Stadtbezirksbeirates vorgestellt werden.

Dieses Vorhaben, was nur einer Baugenehmigung unterliege, sei im Laufe der Zeit am Tisch von Herrn Bürgermeister Kühn diskutiert und weiterentwickelt worden, von viel Wohnfläche zu mehr Grün, weniger Wohnfläche im Sinne der Quartiersentwicklung. An einem runden Tisch in der Friedrichstadt, habe man die Option einer zweiten „grünen Mitte“ besprochen. Diese Option könne aber nur vollzogen werden, wenn man das Eigentum habe. In diesem Sinne der „zweiten grünen Mitte“ seien die Verhandlungen geführt worden. **Herr Barth** übergibt Herrn Zyka das Wort, welcher anhand einer Präsentation das Thema vorstellt.

Herr Seifert möchte wissen, ob er es richtig gesehen habe, dass die Erdgeschosszone des Gebäudes an der Seminarstraße aus einer Tiefgarageneinfahrt und einer Durchfahrt bestehe? **Herr Zyka** bestätigt dies. Der Block werde geschlossen und es sei auch so gewünscht. Bei der angrenzenden Bebauung der Seminarstraße 16 bis 18 soll auch Blockrand geschlossen werden.

Frau Krause merkt an, dass sie Mitinitiatorin gewesen sei für den Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes. Sie sei auch dankbar, dass in Kooperation mit der Stadtverwaltung schon erhebliche Veränderungen am Projekt vorgenommen wurden. Natürlich hätte jetzt schon gebaut werden können und die Stadtverwaltung hätte vielleicht auch schon eine Baugenehmigung erteilen können nach den vorliegenden Plänen. Jedoch sei man der Meinung, dass eine detaillierte Betrachtung erfolgen sollte und ob es für den Standort gut wäre diesen so stark zu verdichten. Selber habe sie feststellen können und das sei sehr auffällig, dass es an sehr heißen Tagen, an der Lücke drei bis vier Grad kühler sei. Und daher auch der Gedanke, ob es tatsächlich zeitgemäß sei, jede letzte Lücke zuzubauen. Aber das sei ein Appell an die Stadtverwaltung. Auch werde die fehlende Durchwegung als ein Manko gesehen. Des Weiteren möchte sie wissen, ob der Spielplatz auch öffentlich zugänglich sei. Und bei der Friedrichstraße interessiere sie die Vorstellungen, was im Erdgeschossbereich hinkommen soll bzw. bestehe die Möglichkeit vielleicht Räumlichkeiten für die soziale Stadtteilarbeit zu schaffen oder ähnliches. Ebenso wäre es schön, wenn die Bäume in Höhe der Friedrichstraße 35 erhalten bleiben könnten. **Herr Zyka** teilt mit, dass man diese erhalten möchte. Bei der Durchwegung des Quartiers könne man gerne ins Gespräch kommen. Es gebe die Bräuergasse und man sei auch nicht grundsätzlich gegen die Querung durch das Quartier. Man sei aber der Meinung, dass der Umweg über die Bräuergasse marginal sei. Beim Thema Grünflächen sei man auch ergebnisoffen. Man wolle keine Abgrenzungen schaffen und man könne sich vorstellen, dass bei einer Öffnung des Quartieres man voneinander partizipieren könne. Dies sei ein Angebot und darüber könne man nachdenken. Zur Gewerbeinheit im Bereich der Friedrichstraße wolle man alle vorhandenen Gewerbetreibenden mit einbinden und wenn möglich erhalten und so sei es auch bei der Friedrichstraße 35 gedacht. Im Erdgeschossbereich werde es keine Wohnungen geben und wenn es der Wunsch sei, so eine soziale Stelle zu schaffen, dann sollte man auf ihn zukommen und dann könne man darüber reden. Selber möchte man mit dem Büro in dieses Quartier einziehen. Man möchte ein Quartier entwickeln in dem man selber auch wohnen wolle und man könne sich das für die Bereiche vorstellen, die neu entwickelt werden als auch für die Bereiche, wo andere schon wohnen.

Herr Barth möchte wissen, ob das Rederecht für die Wortmeldungen aus dem Publikum eingeräumt werde. Seitens der Stadtbezirksbeiräte spreche nichts dagegen.

Frau Klenner merkt an, dass sich das Quartier deutlich unterscheidet zu dem Quartier was weiter vorne an der Weißeritzstraße gebaut werde. Auch von ihr bzw. den Anwohnern bestehe der Wunsch der Durchwegung des Quartieres, mindestens auf die Friedrichstraße. Der Bestandsinnenhof mit den Bäumen werde sehr intensiv genutzt und da sollte es die Möglichkeit geben zur Straße zu gelangen. Was leider nicht angesprochen wurde im Zuge der Planung, sei die Tiefgarageneinfahrt und die andere Zufahrt, die sich direkt gegenüber der Grundschule befinden. Auch bei der Seminarstraße 16 bis 18 werde eine Tiefgarage mit 30 Stellplätzen gebaut und das finde man unglücklich gelöst. Es wäre günstiger, wenn die Zufahrt auf der Friedrichstraße wäre. Man möchte wissen, ob die kleinen Häuschen an der Bräuergasse erhalten bleiben. Dies werde von **Herrn Zyka** bestätigt. Diese sollen erhalten bleiben, saniert und weiter genutzt werden können. Wie schon angezeigt, stehe man dem Thema einer Durchwegung offen, jedoch müsse darauf geachtet werden, dass Regeln miteinander vereinbart werden, was beispielsweise die Abendzei-

ten angehe. Hier müsse dann vielleicht eine gewisse Abgeschlossenheit sichergestellt werden, auch im Interesse der Mieter. Aber tagsüber könne man sich das vorstellen und sei offen für Gespräche.

Frau Wahl möchte wissen, wie groß die Wohnungen werden sollen. **Herr Zyka** teilt mit, dass es unterschiedliche Wohnungen geben werde. Dabei seien Apartments und bis zur 5-Raum-Wohnungen geplant. Eine 5-Raum-Wohnung liege im Durchschnitt bei 127 m², die 4-Raum-Wohnung bei 108 m², die 3-Raum-Wohnung bei 86 m², die 2-Raum-Wohnung bei 59 m² und die Apartments bei circa 31 m². Sie interessiere noch der soziale Wohnungsbau. Werde sich in dieser Richtung ebenfalls etwas tun? Herr Zyka erläutert, dass man keine Verpflichtung dazu habe. Aber man sehe auch die Situation in Dresden sehr kritisch. Auch machen es die aktuellen Baupreise und Zinsen nicht einfacher, dennoch habe man den Anspruch vertretbare Mieten zu erzielen. Es soll für einen Friedrichstädter auch leistbar sein, da man wolle, dass diese im Quartier bleiben. Man wolle auch eine Durchmischung des Klientels erreichen. Es soll nicht elitär werden.

Herr Händler fragt nach, warum es hier keine Quote für soziale Wohnungen gebe. Er habe gedacht, dass dies bei jedem Neubau vorgegeben sei. **Herr Zyka** erklärt, dass dieser Prozess seit 5 Jahren laufe und es damals diese Forderungen noch nicht gab.

Herr Barth bedankt sich für die Vorstellung.

3 Vorlagen und Anträge zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat

3.1 Besetzung der Schiedsstelle Altstadt mit einer Protokollführerin/einem Protokollführer V-Alt00101/22 beschließend

Herr Barth ruft die Vorlage auf. Zur Wahl stehen Frau Helga Boden, Frau Daniele Franz und Herr Joachim Mehner. Jedoch stehe Herr Mehner nicht mehr zur Verfügung, da er bereits als Protokollführer für die Schiedsstelle Neustadt ausgewählt worden sei. Eine Vorstellung seitens Frau Boden oder Frau Franz sei nicht möglich, da diese nicht anwesend seien. Daher werde Herr Barth kurz die Bewerbungen vorlesen. Weiterhin erläutert Herr Barth das anschließende Wahlprozeder.

An der Diskussion beteiligen sich **Herr Promnitz, Herr Händler, Herr Scholtys und Herr Knebel**.

Man finde es zwar nett, dass man sich beworben habe, aber sehr unhöflich, dass keine Vorstellungen erfolgen. Man hätte gar keine Grundlage, worauf man seine Wahl legen sollte. **Herr Barth** merkt an, dass man es nicht als bösen Willen auslegen sollte. Frau Boden habe sich entschuldigt und bei Frau Franz kenne man den Hinderungsgrund nicht. Jedoch sollte man auch anerkennen, dass es Menschen gebe, die sich ehrenamtlich betätigen. Es gebe sehr wenige Bewerbungen und vielleicht müsse man sehen, dass nicht jeder vor so einem großen Gremium sprechen möchte. Er stimme dem zu, dass es nicht einfach sei, nur anhand von Bewerbungsschreiben eine Auswahl zu treffen, aber dennoch sei er der Meinung, dass eine Wahl getroffen werden sollte.

Es werde eingeschätzt, dass bei einer Protokollführung es um schnelles und genaues Schreiben gehe und es weniger um die persönlichen Eigenschaften gehen sollte. **Herr Barth** teilt mit, dass

dürftigen Objekte gebe, wo das Geld nicht zur Verfügung stünde und es wäre schön, wenn mal als Stadtbezirksbeirat darüber mitentscheiden könne und nicht nur bei einzelnen vorgeschlagenen Objekten.

Herr Barth könne gerne diese Anregung aufgreifen und sich mit dem Denkmalschutz dazu verständigen. Jedoch wäre das Förderprozedere etwas anders. Es sei dann keine Förderung von Vereinen mehr, sondern eine sogenannte Fachamtsvorlage gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie.

- Die Auflistung des Denkmalschutzamtes beinhalte sicherlich nur die städtischen Objekte und die Skulpturen des Krankenhauses würden gar nicht aufgelistet sein?

Dies werde von **Herrn Barth** bestätigt. Es gebe wohl eine Denkmalschutzliste aller Denkmale, welche eingesehen werden könne, aber seitens des städtischen Denkmalschutzamtes bekomme man nur die städtischen Objekte.

- Das Projekt werde als unterstützenswert angesehen und werbe um positive Zustimmung.
- Man finde es traurig, wenn man kein umfassendes Bild bekomme. Es wäre schon schöner, wenn es eine umfassende Auflistung geben könnte.

Herr Barth werde schauen, ob man eine komplette Übersicht bekomme, die dann weitergereicht werden könne. Jedoch möchte er noch einmal auf das Förderverfahren hinweisen. Bei städtischen Aufgaben könne dies über die Aufgabenabgrenzungsrichtlinie geregelt werden, aber wenn es Denkmale von anderen betreffe, dann gehe es nur über die Beantragung einer Förderung gemäß Förderrichtlinie.

- Eine komplette Auflistung zu bekommen sei nicht verkehrt, da man auch so die Möglichkeit hätte auf den einen oder anderen zuzugehen und auf die Möglichkeit einer Förderung hinzuweisen.

Es gibt keine weitere Diskussion und **Herr Barth** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2022 in Höhe von 46.500,00 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

3.3 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-020/22) "OpenAir Tanzpraktika" **V-Alt00104/22 beschließend**

Herr Barth stellt die Vorlage vor. **Herr Konjen** steht für Rückfragen zur Verfügung.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Herr Seifert, Herr Promnitz, Herr Hoffmann, Frau Krause und Herr Scholtys**.

- Man möchte wissen, wann die Veranstaltungen stattfinden.
- Wie sehe es mit der Bereitstellung von Toiletten aus und sei Strom vorhanden?
- Man möchte wissen, ob es noch unbeplante Tage gebe.

Herr Konjen teilt mit, dass die Veranstaltungen Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag zwischen 19.00 Uhr und 22.00 Uhr stattfinden. Die Fläche sei für maximal 5 Tage genehmigt worden.

Die Initiative sei durch die Coronabeschränkungen entstanden und wenn man tanzen wolle, hieße das, dass das nur im Freien möglich sei. Man hatte die Fläche gefunden und dann kam eine Baustelle unmittelbar. Da dachte man, dass das sich für das Tanzen erledigt habe. Da sei aber der Bauherr auf die Initiative zugekommen und weil er das Projekt so toll fand, habe er eine kostenfreie Nutzung seines Toilettencontainers angeboten und ebenso die Stromnutzung. Und für dieses Jahr habe er die kostenfreie Nutzung erneuert.

Wie angezeigt habe man maximal 5 Tage. Es gebe 4 Tage mit festen Veranstaltungen und dann gebe es noch weitere Zusatzveranstaltungen. Somit gebe es keine unbeplanten Tage mehr.

- Die privaten Initiativen finde man sehr lobenswert, allerdings schätze man ein, dass der niedrigschwellige Zugang, der angezeigt werde, nicht kostenfrei sei. Daher stelle sich die Frage, ob man tatsächlich eine relativ kleine Gruppe mit Steuergeldern unterstützen sollte zu Lasten aller. Man habe im Wahlkampf die Nöte und Sorgen der Bewohner wahrgenommen, dass sich Sorgen gemacht werde, wie man über den Winter komme etc. und daher sei man der Meinung, dass man derartige Projekte nicht mehr mitunterstützen könne.
- Auf die Anmerkungen von Herrn Promnitz eingehend, werde festgestellt, selbst wenn man wollte, könne mit den Fördergeldern des Stadtbezirksbeirates Altstadt keine Unterstützung gegeben werden, um dem einen oder anderen die Wohnung zu beheizen. Es sei ein Missstand, was auch gelöst werden sollte, aber es gehöre nicht an diese Stelle.
- Man habe sich ein Bild von diesem Projekt machen können und man könne sagen, dass es dem Zeitgeist entspreche. Es werde sehr gut angenommen und daher sei man der Meinung, dass das Projekt unterstützt werden sollte. Die Äußerungen von Herrn Promnitz werden als seltsam angesehen. Man könne nicht nachvollziehen, warum einer finanziellen Unterstützung zur Sanierung von Skulpturen zugestimmt werde, obwohl diese genauso wenig zur Unterstützung von finanziell Schwächeren beitrage.

Es gibt keine weitere Diskussion und **Herr Barth** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2022 in Höhe von 1.950,30 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 11 Nein 2 Enthaltung 0

3.4 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt, hier: Kleinprojekt (Alt-021/22) "Lerne deinen Stadtteil kennen" V-Alt00106/22 beschließend

Herr Barth stellt die Vorlage vor. **Herr Gärtner** steht für Rückfragen zur Verfügung.

Herr Hoffmann möchte wissen, ob die 500 Euro ausschließlich für den Kauf von Westen bestimmt sei und wie viele Westen gekauft werden.

Herr Gärtner erklärt, dass dies spezielle Westen seien mit Reißverschluss und es werden 220 Stück gekauft.

Es gibt keine weiteren Rückfragen und **Herr Barth** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2022 in Höhe von 516,00 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 10 Nein 3 Enthaltung 0

Frau Krause erklärt ihr Abstimmungsverhalten. Die Vorlage habe sie abgelehnt, nicht, weil sie der Meinung sei, dass Kindergartenkinder keine Ausflüge machen dürfen, der Gegenteil sei der Fall. Aber sie finde es bedenklich, dass sich Kinder nur dann im öffentlichen Raum bewegen dürfen, wenn diese eine leuchtfarbene Weste tragen.

3.5 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-019/22) "Johannstädter Praktikums- und Lehrstellenbörse 2022" V-Alt00103/22 beschließend

Herr Barth stellt die Vorlage vor. Für Rückfragen steht **Frau Hilbert** zur Verfügung.

Herr Squar möchte wissen, warum die Aussteller nicht zur Mitfinanzierung mit hinzugezogen werden.

Frau Hilbert erklärt, dass die 30 Euro ein eher symbolischer Beitrag sei. Bei der Lehrstellenbörse sollen vor allem regionale und lokale Unternehmer aus der Johannstadt kommen, wie beispielsweise kleinere Handwerksbetriebe. Für diese sollen die 30 Euro erschwinglich sein und daher habe man die zusätzlichen Mittel beantragt. Hiermit möchte man den lokalen Bezug unterstützen.

Herr Pietrusky finde, dass es sein sehr sinnvolles Projekt sei. Es werde gut bei den Leuten angenommen, jedoch könne man nicht einschätzen, wie es die Unternehmen sehen.

Herr Barth teilt mit, dass man anfangs den Unternehmen hinterhergelaufen sei, ob diese bei der Praktikums- und Lehrstellenbörse mitmachen wollen. Das müsse jetzt nicht mehr getan werden. Die Unternehmen würden jetzt von selber kommen um mitmachen zu wollen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Barth** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2022 in Höhe von 3.204,77 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

3.6	Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-017/22) KlangRaum2022	V-Alt00107/22 beschließend
------------	--	---------------------------------------

Herr Barth stellt die Vorlage vor. **Herr Englisch** steht für Rückfragen zur Verfügung.

Herr Hoffmann bittet um Erläuterung des Kosten- und Finanzierungsplans, da er in der Finanzierung eine Lücke sehe.

Herr Barth erläutert, dass das Projekt von den Stadtbezirksbeiräten Prohlis, Neustadt und Altstadt zu je 830 Euro gefördert werde.

Herr Pietrusky halte den Standort am Kulturpalast als sehr ungünstig, da es sehr laut dort sei, auch schon wegen der Straßenmusikanten. Er könne sich vorstellen, dass am Bahnhof Mitte ein geeigneter Platz wäre. **Herr Englisch** werde den Vorschlag mitnehmen.

Es gibt keine weitere Diskussion und **Herr Barth** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2022 in Höhe von 830,00 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 11 Nein 2 Enthaltung 0

3.7 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Aufwertung Bahnhof Mitte **V-Alt00100/22 beschließend**

Herr Barth stellt die Vorlage vor und für Rückfragen steht **Herr Wittstock** zur Verfügung.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Herr Pietrusky, Herr Hoffman und Frau Krause**.

- Wann sei mit der Realisierung zu rechnen?
- Man bittet um Prüfung, ob die Bahnbögen für sichere Radabstellmöglichkeit genutzt werden könnten.
- Wenn man etwas Abschließbares haben wolle, gebe es in einigen Städten das Modell mit der Monatskarte. Man könne die Verkehrsbetriebe daraufhin einmal ansprechen.
- Bestehe die Möglichkeit auf dem Vorplatz des Bahnhof Mitte ein Pissoir aufzustellen, ähnlich der Neustadt an der Ecke Alaunstraße/Böhmische Straße?

Herr Wittstock teilt mit, dass 2024 damit zu rechnen sei. Nähere Informationen könne man mit der Vorlage, welche im Oktober im Stadtbezirksbeirat vorgestellt werden soll, geben. Man möchte Erfahrungen sammeln und werde sehen, wenn das Fahrradhaus am Hauptbahnhof komme, wie dies funktioniere. Am Bahnhof Mitte denke man, dass die Bahnbögen eine gute Möglichkeit seine, um etwas wettergeschützt abzustellen. **Herr Barth** ergänzt, dass zwei Bahnbögen geöffnet werden. **Herr Wittstock** merkt an, dass es schwierig sei einen Betreiber für eine gesicherte Abstellmöglichkeit zu finden.

Herr Barth erklärt, dass man geprüft habe, eine Toilette auf dem Bahnhofsvorplatz einzuordnen und zu ertüchtigen für die Marktfläche. Dies sei aus wirtschaftlichen Dingen gescheitert. Aber man sehe eine gute Lösung bei den bereits in Planung stehenden Toiletten. Für die Einrichtung eines Pissoirs, so sehr man es auch verstehe, sehe man keine Chance.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf und **Herr Barth** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt befürwortet die Aufwertung des Bahnhofs Mitte und beschließt hierfür die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt in Höhe von 35.000 Euro für das Jahr 2022.
2. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt ist nach Abschluss der Maßnahme zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2

3.8 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Ausgestaltung eines Aktivitätsbereiches (Bubbles) auf der Plaza des Heinz-Steyer-Stadions **V-Alt00108/22 beschließend**

Herr Broll stellt die Vorlage mit einer Präsentation vor und steht mit **Frau Rußig** für Rückfragen zur Verfügung.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Herr Hoffmann, Herr Scholtys, Herr Pietrusky, Frau Krause, Herr Händler, Herr Gut und Herr Marschner.**

- Es sei ausgeführt worden, dass das Kassenhäuschen ertüchtigt werden soll. Früher sei ab diesem Bereich, bei Veranstaltungen, kein kostenfreier Zugang mehr möglich gewesen. Daher möchte man wissen, wie dies zukünftig aussehen werde bzw. wie der Zugang zu den Bubbles dann geregelt sei.
- Die Idee sei gut, dass auch über andere Dinge, wie beispielsweise Teqball, nachgedacht werde. Es fehle jedoch die Vorstellungskraft, wie eine belebte Plaza für solche Aktivitäten geeignet sein soll. Man habe sich selber ein Bild machen können von den Menschenmengen und der Inanspruchnahme der Geräte, daher könne man nicht verstehen, warum nicht erst einmal die hinteren Freiflächen weiterentwickelt werden.
- Man bittet um nähere Erläuterung, was die 50.000 Euro beinhalten oder könne man einen Zeitraum benennen, ab wann es konkreter formuliert werden könne. Vielleicht sei auch eine Abstimmung, dann über die Gesamtkosten bzw. Förderung zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoller, um konkretere Informationen dann vorliegen zu haben.
- Das so ein Bereich geschaffen werde, sei gut, jedoch fände man es viel sinnvoller, wenn einzelne Geräte mehr verteilt aufgestellt würden. Auch funktioniere die Idee mit dem Einkaufen nicht, da es dort nichts einzukaufen gebe und auch Anwohner in unmittelbarer Nähe gebe es nicht. Wer dorthin gehe, komme gezielt dort hin. Daher fände man es sinnvoller, wenn die Sport- und Spielgeräte mehr in der Stadt verteilt werden könnten.
- Die Anlagen sollten immer öffentlich zugänglich sein.
- Die Preise werden als sehr hoch empfunden.
- In einem anderen Zusammenhang habe man die Plaza auch gesehen und sei entsetzt gewesen, dass das eine komplett versiegelt Fläche sein soll. Gebe es nicht die Möglichkeiten mit entsprechender Baumpflanzung oder Sonnenschutz der Hitze zu entgehen?
- Man denke, dass es besser sei alles zentriert zu haben, weil man dann wisse wo man hingehen könne, als erst suchen zu müssen und es gebe die Chance, dass es zu weniger Vandalismus komme.
- Werde der Wildwuchs am alten Eisstation erhalten bleiben?
- Wie realistisch sei es, dass die Schachflächen tatsächlich genutzt werden?

Herr Broll teilt mit, dass es gewisse Sicherheitsvorschriften gebe, die bei Sport- und Spielgeräten zu beachten seien und da müsse man sich an den entsprechenden Sportgerätehersteller wenden. Des Weiteren befinde man sich in der Flutrinne. Man habe noch aus alter Genehmigung heraus, die Möglichkeit gehabt den Flutrinnenbereich entsprechend, wie er jetzt steht und liegt, auszugestalten. Im Gegenteil, man sei aufgefordert worden, gewisse Sachen zurückzubauen. Es sei kompliziert und umweltrechtlich nicht zulässig, in der Flutrinne weiter gestalterisch tätig zu werden.

Die Plaza finde man nicht elitär, sondern sei für alle da, zum einen für die Anwohner, aber eben auch für die Besucher.

Es sei nicht vorgesehen, dass die Plaza während der Veranstaltungen nicht frei zugänglich sei. Die Plaza werde ganzjährig frei zugänglich sein. Ausnahmen gebe es bei einem Public Viewing, aber auch hier werden die Bubbles ohne Einschränkung nutzbar sein, da diese sich eher im hinteren Bereich befinden, so **Frau Rußig**. Auf die Kosten für die Slackline kurz eingehend, merkt **Frau**

Rußig an, dass die Kosten die Lieferung der Geräte, den Einbau und den Fallschutzbelag mit beinhalten, daher die benannten 25.000 Euro.

Herr Broll erklärt, dass die drei vorgeschlagenen Bubbles die 50.000 Euro beinhalten. Es sei ziemlich sicher, dass es diese drei Bubbles werden, bedarf aber noch einer entsprechenden Abstimmung. Sollte ein anderes Sportgerät dort eingesetzt werden bzw. sich gegebenenfalls die Kosten reduzieren, sei man angehalten, die entsprechenden Gelder zurückzuzahlen.

Der Auffassung könne man folgen, so **Herr Broll**. Der Eigenbetrieb Sportstätten verfolge zum einen den Sportpark Ostra als zentralen Anlaufpunkt auszurichten und neben den sportorganisierten Arten mit Wettkampfanforderungen wolle man, dass die Menschen den Sportpark Ostra besuchen in der Flutrinne aber auch auf der Plaza. Dort sehe man Potential, um Sportgelegenheiten zu schaffen und um den Standort weiter auszubauen. Und auf das Einkaufen einzugehen, habe er damit gemeint, dass die Eltern, wenn sie ihre Kinder zum Sport bringen, sich dann überlegen können, ob sie die freie Zeit zum Einkaufen benutzen oder sich doch überlegen könnten, die Sportgeräte vor Ort zu nutzen.

Die Preisentwicklung sei derzeit so und da könne man nicht viel dagegen tun.

Frau Rußig erklärt, dass Grünflächen mit vorgesehen seien, jedoch nicht in dem Umfang auf der Plaza. Anhand der Präsentation erläutert Frau Rußig die geplante Bepflanzung.

Das Material der Platzfläche sei noch in der Diskussion.

Der Wildwuchs am alten Eisstadion soll vorerst bestehen bleiben. Es soll aber in dem Bereich des alten Eisstadion-Parkplatzes angelegt werden. Ergänzend zeigt **Herr Broll** an, dass im ersten Abschnitt das Heinz-Steyer-Stadion fertiggestellt werden soll. In einem weiteren Abschnitt werde der Platz am alten Eisstadion gestaltet werden, was das Perspektivszenario sei und dann gebe es noch eine Studie für die Entwicklung des Sportpark Ostra insgesamt. In allen drei Teilen wolle man den informellen Sport als auch den Breitensport sowie den Leistungssport an diesem Standort zu berücksichtigen. So, dass der Sportpark Ostra in naher Zukunft sich so darstelle, dass es für alle Dresdner ein lohnenswertes Ziel sei, um sich sportlich zu betätigen.

Es gebe drei Gründe, die den Eigenbetrieb Sportstätten bewogen haben das Schachfeld dort entsprechend zu platzieren. Zum einen passe es aufgrund seiner Art und Weise des Sportes auf diese Plaza. Ein zweiter Grund sei gewesen, dass es Schachfelder in der Stadt Dresden, außer in den öffentlichen Freibädern, nirgends gebe. Aber man sei der Meinung, da gar keine Schachbretter da seien, durchaus Bedarf bestehe auch an öffentlichen Orten Schach zu spielen. Darüber hinaus gebe es eine Gruppe, insbesondere aus dem slawischen als auch dem asiatischen Raum, die mit Schach groß geworden seien und sich öfters diesbezüglich an den Eigenbetrieb Sportstätten gewandt haben. Daher habe man sich entschieden, die Schachfelder mit aufzuzeigen.

Herr Marschner beantragt eine fünfminütige Pause für eine kurze Beratung.

Herr Barth stellt den Geschäftsordnungsantrag auf eine fünfminütige Pause zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 8 Nein 5 Enthaltung 1

Es erfolgt eine fünfminütige Pause.

Frau Krause bringt einen Änderungsantrag ein.

Es werde der Förderung in Höhe von ~~50.000 Euro~~ 25.000 Euro zugestimmt.

Als Punkt 4 werde ergänzt, der Stadtbezirksbeirat Altstadt bittet um Vorlage von Vorschlägen für zusätzliche Begrünung und Beschattung der Plaza. Hierfür wird eine Finanzierung in Aussicht gestellt.

Herr Barth bringt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 12 Nein 2 Enthaltung 0

Herr Barth bringt die so geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt befürwortet die Ausgestaltung eines Aktivitätsbereiches auf der Plaza des Heinz-Steyer-Stadions und beschließt für die Herstellung von drei Standorten die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt in Höhe von ~~50.000~~ **25.000** Euro für das Jahr 2022.
2. **Der Stadtbezirksbeirat Altstadt bittet um Vorlage von Vorschlägen für zusätzliche Begrünung und Beschattung der Plaza. Hierfür wird eine Finanzierung in Aussicht gestellt.**
3. Eine finanzielle Unterstützung für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.
4. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt ist nach Abschluss der Maßnahmen zu informieren.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung mit Änderung
Ja 12 Nein 2 Enthaltung 0

3.9 Beschlussempfehlung über besondere regionale Ereignisse im Jahr 2023 gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG **V-Alt00109/22**
beschließend

Herr Barth stellt die Vorlage vor. Es werden keine Vorschläge eingebracht und es besteht kein Diskussionsbedarf, sodass **Herr Barth** die Vorlage zur Abstimmung bringt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbezirksbeirat Altstadt empfiehlt dem Stadtrat keine zusätzlichen Termine zur Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr 2023 im Stadtbezirk Altstadt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

4 Vorlagen und Anträge zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

4.1 Bebauungsplan Nr. 301, Dresden-Altstadt II Nr. 13 Marschnerstraße **V1158/21**
beratend

hier:

1. Änderung der Grenzen des Bebauungsplanes
2. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
3. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf

4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf

Herr Mann und Herr Samuelsson stellen mit einer Präsentation die Vorlage vor.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Seifert, Frau Ludwig, Herr Promnitz, Herr Squar, Herr Hoffmann, Herr Händler, Frau Krause, Herr Gut und Herr Dziallas.

- Man sei bisher davon ausgegangen, dass die Straßenbahn eventuell in dem Bereich des Grünstreifens fahren werde. Jetzt vernehme man, dass die Straßenbahn vom Rathenauplatz bis zum Fetscherplatz in Straßenmittellage gedacht sei. Da wüsste man gerne, ob dies mit der DVB so besprochen sei und werde es dann auch so kommen. Weiterhin interessieren die Eigentumsverhältnisse auf dem Gelände, wo die zwei Laborproduktionsgebäude von „A.S.T.“ stehen und wie verhält sich das mit den angrenzenden Flächen. Sei eine Wohnbebauung ohne Probleme tatsächlich dort möglich, sodass weiterhin die gewerbliche Nutzung im Innenhof bestehen bleibe, quasi vertrage sich das eigentumsmäßig und stadtplanungsmäßig.
- Im Zusammenhang mit dem Wohnheim gebe es einen Platz und da stelle sich die Frage, warum man nicht von dort ausgehend einen Platz gestalte? Warum müsse ein Platz mit einer Bebauung gestaltet werden, gehe dies nicht beispielsweise mit einer Erweiterung der vorhandenen Platzanlage bzw. einer Grünzugweiterführung?
- Was passiert mit dem Jugendclub „Eule“?
- Man sei der Meinung, dass der Platz mit der Skulptur „Flugwille der Menschheit“ mal eine Funktion gehabt habe im Zusammenhang mit den umliegenden Gebäuden. Hätte man nicht von da aus die Funktion des Platzes entwickeln können?
- Man sei über die Planung reichlich erschüttert. Zur Umweltsituation werde ausgeführt, dass das Planungsgebiet im innerstädtischen Siedlungsbereich und innerhalb der stadtklimatischen Sanierungszone liege. Daher könne man nicht nachvollziehen, dass das was hier gemacht werden soll, dass das gut fürs Klima sein soll. Es soll eine durchgängige grüne Zone, was eigentlich den Stadtplaner freuen sollte, jetzt mit einem „Fremdkörper“ für eine Platzbegrenzung für einen kleinen Platz vor dem Haus, geteilt werden. Das könne man nicht verstehen und daher werde man diese Vorlage auch ablehnen. Wie komme man dazu, so etwas zu machen?
- Das Gebiet kenne man seit den 60er-Jahren und da habe man die Johannstadt auch nicht bis an die Striesner Straße gebaut, obwohl dies möglich gewesen sei. Bei einer Vorstellung zur Sanierung der Güntzstraße sei der erwähnte Platz teilweise in verschiedenen Varianten geplant gewesen. Hier habe die DVB gleichzeitig geäußert, dass ihr erklärtes Ziel es sei, die Grünfläche als separates Gleisbett nutzen zu wollen. Wenn jetzt dieses Gebäude gebaut werden soll, werden Tatsachen geschaffen. Daher stelle sich die Frage, ob dies das Ziel sei oder ob die Planer der DVB schon so weit fortgeschritten seien, dass die Gleisführung auf der Mitte der Striesener Straße erfolgen werde?
- In Bezug auf die Gebäudehöhen, stelle sich die Frage, ob die als Bezugspunkt benannten 10-Geschosser auch noch in 50ig-Jahren so gelten werden und wenn neu gebaut werde mit den Bestandsgebäuden, sei es dann auch das, was man noch haben wolle. Man habe gehört, dass diese 10-Geschosser von der Vonovia nur noch einmal saniert würden. Daher möchte wissen, wenn man aus dem Osten komme sehe man in der Visualisierung einen Baukörper mit 7 Stockwerke, warum müsse dieser 7 Stockwerke haben und könne nicht nur 4 Stockwerke haben und verschwinde hinter Bäumen? Welche Möglichkeiten habe man überhaupt noch zur Einflussnahme? Und vermisst werde die soziale Infrastruktur, wie Spielplatz etc.

Auch fände man es schöner, wenn das Gebäude 10 Meter von der Straße, hinter den Bestandsbäumen, gebaut würde.

- Wenn die Bebauung einen Platz einrahmen soll, dann sei man der Meinung, dass im Erdgeschossbereich dieser klassisch gestaltet werden sollte mit Cafe, Friseur oder ähnliches.
- Es werde als störend empfunden, dass an jeder Ecke der Stadt versucht werde, ein bisschen mit dem „Brecheisen“, irgendeinen Blockrand durchzusetzen, der sich aber nicht unbedingt von allein ergebe. Man könne dem Konzept schon folgen, dass man Raumkanten fassen möchte, aber es sei trotzdem das „zerhacken“ einer Grünachse. Es werde eine Luftschneise zerstört. Bei der Platzfassung sei man der Meinung, dass das nicht gut funktionieren werde, wenn dieser nur einen Zugang zu einer bebauten Struktur habe. An den anderen drei Seiten gebe es eine unüberwindbare Straße. Auch sei ein Manko, dass der Weg, welcher von Osten kommend in die Innenstadt führt, nicht fortgeführt werde. Man habe zwar ein Leitungsrecht gesehen, aber kein Wegerecht, dass wäre eine zwingende Forderung. Ebenso fehle eine städtebauliche Berücksichtigung der Marschnerstraße und der Hans-Grundig-Straße. Es sei sehr bewusst von der vorhandenen Bebauung, in dem selben Quartier, abgewichen. Die Bauflucht sei zurückgesetzt und man könne dies im Plan erkennen. Dies werde als störend empfunden. Es wäre günstiger, auch wenn der Fehler gemacht wurde, dieses Grundstück als Bauland zu verkaufen, dass die Baufluchten eingehalten würden. Zum Spielplatz wäre es schön, wenn hier auch auf größere Kinder mit Rücksicht genommen werden könnte, da die sächsische Bauordnung nur für Kinder bis 3 Jahre regele.
- Die Funktion des Platzes werde als nicht sinnvoll angesehen, solange zwischen der Straße und dem Baukörper kein Platz sei, wenn beispielsweise keine Stühle gestellt werden können bei einem Café. Die Grünschneise werde prioritär gesehen. Wo habe man so einen langen zusammenhängenden Grünraum, was die Artenvielfalt angehe, als auch Luftschneise? Im Klimacheck stehe, dass man erneuerbare Energien nutzen solle. CO² werde nicht nur bei der Stromproduktion ausgestoßen, sondern auch beim Bauen mit Beton. Daher rege man an, dass der CO²-Ausstoß beim Bauen reduziert werde, mit beispielsweise nachhaltigem Einsatz von Baustoffen.
- Man möchte wissen, ob der Eigentümer neben der gewerblichen Bebauung auch eine Wohnbebauung vorhabe. Was wäre, wenn ihm das nicht zusage bzw. das Grundstück verkaufen würde, gegebenenfalls an die Stadt zurück und könne man sich dann auch einen sozialen Wohnungsbau vorstellen? Zur Ausrichtung des Baukörpers an der Straße könne man sich vorstellen, um eine bessere Durchlüftung zu bekommen, eine Bauflucht zu schaffen. Auch wäre vorstellbar, für eine durchgängige Wegeführung, entsprechende Durchbrüche festzuschreiben. Ebenso fände man es gut, wenn klare Verhältnisse geschaffen würden für Fuß- und Radwege. Des Weiteren werde angemerkt, dass diese Gestaltungsform für eine urbane Großstadt wie Dresden nachvollziehbar sei.
- Wenn man es richtig verstanden habe, gebe es noch keinen Eigentümer, der bauen möchte. Aber wenn man es noch richtig in Erinnerung habe, wolle der Eigentümer sich sowohl erweitern, als auch noch neue Nutzungen schaffen. Wäre es möglich, das Grundstück zurückzukaufen und könne man sich vorstellen, dem Eigentümer Angebote zu machen, dass auf der schon vorhandenen Fläche höher bzw. mehr gebaut werden könne, damit der Block dort nicht im Weg stehen müsste?
- Werde es eine Tiefgarage geben?

Herr Samuelsson erläutert, dass es sehr intensiv geführte Gespräche mit den Verkehrsbetrieben gegeben habe und man letztendlich zur Einigung gekommen sei, dass die Mittellage der Straßenbahn möglich und platzsparender sei.

Zu den Eigentumsverhältnissen könne mitgeteilt werden, dass „A.S.T“ Betreiber das Forschungs- und Entwicklungsunternehmen sei und auch Eigentümer dieses Grundstückes sei und die anderen Flächen im Eigentum der Landeshauptstadt Dresden sich befinden. Hier handle es sich um ein Angebotsplan und kein vorhabenbezogener Bebauungsplan. Man sei der Meinung, dass man dies in der Hand haben wolle, um es städtebaulich noch entwickeln zu können. Daher habe man darauf bestanden, dass es ein Angebotsplan bleibe.

Natürlich könne man eine Platzgestaltung mit Bäumen fassen. Jedoch sei dieses Grundstück damals mit der Aussicht verkauft wurden, dass eine Bebauung entwickelt werde. Daher habe man sich entschieden, dass man städtische Plätze mit Gebäude fassen möchte, sprich Platzkanten bekomme, welche mit Gebäuden gebildet werden und hier habe man so eine Möglichkeit gesehen.

Der Jugendclub „Eule“ ziehe um und werde in die alte Schokoladenfabrik einziehen. Das Grundstück gehöre der Landeshauptstadt Dresden und es gebe noch keine konkreten Planungen dazu.

Herr Mann teilt ergänzend mit, dass ein Platz in der Stadt eine besondere Situation sei. Man lege ihn deswegen an, weil man etwas betonen möchte. Ein Platz lebe vordergründig davon, dass sich irgendwelche Funktionen anlagern, dass man mit verschiedenen Möglichkeiten, von der Versorgung über soziale Einrichtungen bis zur Kultur oder ähnliches, einen Charakter gebe. Das sei hier etwas verloren gegangen.

Herr Samuelsson merkt an, dass beginnend am Studentenwohnheim mit dem Portal und der etwas festlichen Architektur zu diesem Platz mit dem Wasserbecken und der Skulptur, dass das auch der Ausgangspunkt für die Freiraumgestaltung sein soll. Aber das sei nicht die Aufgabe. Man könne aber davon ausgehen und wenn man hier eine Baumasse platzieren möchte, dann könne man dies so dimensionieren, dass es einen Beitrag für diese Raumbildung bringe. Das sei ein Vorschlag zur Offenlage, so könnte man es machen.

Man habe mit der Präsentation versucht darzustellen, wie man zu so einem Vorschlag komme. Durch Herrn Mann wurde dargestellt, wie früher die Struktur ausgesehen habe. Es gab damals eine sehr dicht bebaute Struktur. Man wisse auch, dass seit den 90er-Jahren an einer Verdichtung im gesamten Bereich gearbeitet wurde, allerdings habe sich die Stadtgesellschaft nach und nach für den Verbleib von Grün ausgesprochen. Aber in den 90er-Jahren habe die Stadt diese Fläche als Bauland verkauft und genau aus diesem Grund mache man den Bebauungsplan, welcher hinter der Bauflucht das Baurecht nach § 34 BauGB begründe. Und davor habe man gesagt, könne nicht gebaut werden. Anhand einer Folie werden weitere Details erläutert, woraus sich der Vorschlag zur Bebauung ergeben habe. Man habe einen zusammenhängenden Bereich mit dem Fetscherplatz und dem Rathenauplatz, welcher mit einer Straßenbahnlinie ausgebaut werden soll. Die Güntzstraße werde ausgebaut und man habe damit einen sehr gut erschlossenen Bereich. Die Parkanlage bilde eine Einheit mit den 11- und 5-Geschossern, im Osten mit dem 8-Geschosser und dem gegenüber schaffe man eine bauliche Fassung, sodass der Park quasi eine Fassung bekomme. Diese städtebauliche Methode, ähnlich dem Central-Park in New York mit viel Grün in der Mitte und einer Abgrenzung mit Gebäuden, sei der Gedanke gewesen für diesen Bebauungsvorschlag. Natürlich seien zusammenhängende Grünbereiche ökologisch wichtig, aber man müsse sich jetzt mit der Thematik auseinandersetzen. Auch sage das Baugesetzbuch Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Gleichzeitig habe man hier eine klimatische Sanierungszone. Da habe man sich bemüht, darauf einzugehen, mit Begrünung der Dächer, Fassadengestaltung oder auch der Wasserversickerung auf dem Grundstück, sprich eine Reihe von kompensatorischen Maßnahmen mit eingebaut. Der Baumverlust werde auch bedauert, aber auch hier sei man auf Alternativen für eine entsprechende Ersatzpflanzung eingegangen. Also sollte man auf diese Entwicklung eingehen, dann werde es Auflagen für den Entwickler geben. **Herr Mann** erläutert, dass man dabei sei die Striesener Straße zu planen. Es gebe viele Varianten und die DVB sei mit dabei. Man wisse nicht, welche Varianten im Rahmen der Sanierung der

Güntzstraße mit gezeigt wurden. Mit der DVB sei man in Abstimmung und es sei nicht so, dass man gegen die DVB plane. Es könne auch nicht gesagt werden, dass die eine Variante nur Vorteile habe und die andere nur Nachteile. Am Ende sei die Mittellage die Variante, welche sehr viele Vorteile habe, da man am Fetscherplatz in den Bestand übergehen müsse. Zum Höhenbezug müsse gesagt werden, dass es fatal wäre, wenn man gänzlich das Vorhandene ignorieren würde. Nur, weil in 20 Jahren alles anders sein könnte. Daher stelle man die Aussage eher in Frage und könne nur im Kontext dessen planen was da vorhanden sei. Daher sei man der Meinung, dass die überwiegend 5- und 6-geschossige Bebauung der Johannstadt auch später noch ein Höhenpegel sei, den man vorfinden werde. Die Infrastruktur sei sicherlich auch ein Thema, wie auch schon angesprochen wurde. Das Erdgeschoss brauche quasi auch eine andere Nutzung und soll nicht nur Wohnen beinhalten. Der Platz sollte vordergründig eine Nutzung haben, die diesen belebt. Man könne sich auch vorstellen, dass in den oberen Etagen Arbeitsstätten, Büros oder Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Sofern sei man der Meinung, dass das Ganze nicht beliebig sei auch mit Blick auf die Geschossanzahl, sondern es sei aus dem städtebaulichen Kontext so entwickelt und habe mit einer Gewinnmaximierung nichts zu tun. Das Quartier habe eine sehr große Dichte, liege letztendlich aber auch an der Funktion, die es haben soll mit den Forschungsgebäuden im inneren, den außenflankierenden Büros, die dazu gebaut werden könnten und weiteren Baumöglichkeiten mit Büros gemischt mit Wohnbebauung sowie dem Erdgeschossbereich. Der Stadtbezirksbeirat habe auch die Möglichkeit im Bebauungsplan festschreiben zu lassen, dass im Erdgeschossbereich öffentlich wirksame Einrichtungen vorzusehen seien und keine Büros bzw. Wohnen. **Herr Samuelsson** teilt mit, dass man die Vorstellungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften übernommen habe und verschiedene Höhenbezüge getestet habe. Die Dichte lasse eine Überbauung von 0,8 zu und eine Geschossflächenzahl von 3,0. Dies hieße aber, man könne bis zu den blauen Linien bauen und 3,0 bedeute mehr als 0,8. Das bedeute, man bestimme nach außen die städtebauliche Figur und im inneren gebe es Spielräume. Hintergrund dafür seien auch vorhandene Fernwärmeleitungen, Wasserleitungen etc., sprich wer das Grundstück entwickeln wolle, müsse sich entscheiden, was lasse man liegen und was nehme man weg.

Der Spielplatz werde entsprechend der sächsischen Bauordnung eingehalten werden.

Der Weg sei angelegt und liege auf der Fernwärmetrasse. Im Bebauungsplan sei festgesetzt, dass zwei Öffnungen sein müssen. Das habe etwas mit den Rettungsfahrzeugen zu tun. Das Quartier könne nicht von der Striesener Straße erschlossen werden, da dieser Straßenzug noch breiter werden würde. Daher gebe es die Festsetzung, dass das Quartier von der Marschnerstraße und der Hans-Grundig-Straße erschlossen werden müsse.

Die Nutzungsüberlegungen des Eigentümers seien nicht bekannt. Daher gebe es den städtebaulichen Vertrag. Wenn man einen Eigentümer mit direkten Bauabsichten hätte, dann könnte man diesen Vertrag direkt ausfertigen. Da man niemanden habe, gebe es den Angebotsplan.

Die Baufluchten seien in der Johannstadt schwierig zu definieren und seien so geändert worden, dass diese der klassischen Gehwegbreiten entsprechen werden.

Die Gemeinde könne sich entscheiden eine städtebauliche Ordnung einzuleiten mit einem Bebauungsplan. Den Angebotsplan erstelle die Gemeinde auf eigene Kosten und in Eigenverantwortung. Häufiger gebe es jedoch einen Entwickler, der ein konkretes Konzept schon habe und das entwickeln möchte. Damit könne man einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan erstellen, der gekoppelt an ein Projekt sei. Was hier aber nicht so sei.

Der Eigentümer habe das Grundstück in den 90er-Jahren von der Stadt gekauft als Bauland.

Dann sei die Stadt mit der Bauflucht gekommen und der Bebauung nach Bebauungsplan. Das habe man 2003 gestartet. Natürlich könne der Eigentümer seinen Standort entwickeln. Seitens der Stadt wurde vorgeschlagen, ein urbanes Quartier zu entwickeln. Aber ob er Eigentümer das Grundstück selber entwickle oder ob es verkauft werde, stehe dem Eigentümer frei.

Eine eingeschossige Unterbauung sei zulässig und es könne eine Tiefgarage gebaut werden.

Herr Knebel bringt einen Ergänzungsantrag ein.

„Die Erdgeschosszone soll mit kleinteiligen Einzelhandels-, Gastronomie und sozialen Einrichtungen festgelegt werden.

Es ist ein Gehrecht in Verlängerung des Gehwegs entlang der nördlichen Bauflucht einzuräumen.“

Frau Krause bringt einen Ergänzungsantrag ein.

„Die Baulinien entlang der Marschner- und Hans-Grundig-Straße sind gemäß der nördlich bis zur Gerokstraße anschließenden Bebauung zurückzusetzen.

Das Geh- und Fahrrecht ist für die Allgemeinheit zu sichern.“

Herr Barth stellt die Ergänzungsanträge in der Reihenfolge der Einbringung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 9 Nein 2 Enthaltung 4

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 7 Nein 3 Enthaltung 5

Herr Barth bringt die Vorlage in der ergänzten Fassung zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften beschließt nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 301, Dresden-Altstadt II Nr. 13 Marschnerstraße entsprechend Anlage 1 zu ändern.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften nimmt zur Kenntnis, dass die frühzeitige Unterrichtung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB stattgefunden hat.
3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften billigt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 301 Dresden-Altstadt II Nr. 13 Marschnerstraße, in der Fassung vom 7. Juli 2021 (Anlage 2).
4. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften billigt die Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf in der Fassung vom 7. Juli 2021 (Anlage 3).
5. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften beschließt, den Bebauungsplan Nr. 301 Dresden-Altstadt II Nr. 13 Marschnerstraße, nach § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB für die Dauer von mindestens 30 Tagen öffentlich auszulegen und nach § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
6. **Die Erdgeschosszone soll mit kleinteiligen Einzelhandels-, Gastronomie- und sozialen Einheiten festgelegt werden.**

7. Es ist ein Gehrecht in Verlängerung des Gehwegs entlang der nördlichen Bauflucht einzuräumen.
8. Die Baulinien entlang der Marschner- und Hans-Grundig-Straße sind gemäß der nördlich bis zur Gerokstraße anschließenden Bebauung zurückzusetzen.
9. Das Geh- und Fahrrecht ist für die Allgemeinheit zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung mit Ergänzung
Ja 2 Nein 6 Enthaltung 7

4.2 Umbau der JOYNEXT Arena zur Flexibilisierung der Nutzung und DEL-Tauglichkeit

**V1529/22
beratend**

Herr Baronik stellt mit einer Präsentation die Vorlage vor.

Herr Hoffmann wünsche jedem Verein gute Sportbedingungen, aber die Eislöwen selber seien schon mehrfach in einer prekären finanziellen Situation gewesen, daher finde er es ganz schwierig. Er möchte wissen, ob eine Bindungsfrist ausgelaufen sei oder warum man jetzt investiere. Als die Arena als Ersatzneubau für die vom Hochwasser betroffene Eishalle im Ostra-Gehege gebaut wurde, hieß es immer, dass es nicht mehr Zuschauer geben dürfe, etc. Das sei damals die Maßgabe gewesen. Auch der VIP-Bereich sei eher symbolisch gewesen. Da interessiere der Hintergrund, ob sich die Zeiten geändert haben.

Herr Baronik teilt mit, dass er die Bedenken gut nachvollziehen könne. Man habe 10 Mio. Euro Überschüsse und diese wolle man zur Verfügung stellen. Gemeinsam habe man mit den Eislöwen den Prozess moderiert und sei jetzt bei 5,8 Mio. Euro. Der Rest sei dem Breitensport zu Gute gekommen. Man denke schon, dass es ein ausgewogenes Maß geben sollte. Für die Spitzensport-Leuchttürme, die auch sportfördernd wirken, in den Unterbau mit 11 Mannschaften im höchsten Spielbetrieb, der jeweils möglich sei, bis hin zur U20, die in der ersten Division jetzt spielen. Aber es müsse ein vernünftiges Maß haben und da denke man, dass man das entsprechend der Voraussetzungen für die DEL-Tauglichkeit gefunden habe. Es wäre wichtig, dass man das Modell des Aufstieges vor der Nase habe, weil es sich sonst totlaufen würde. Da sei man schon gewesen und das sei vor 10 Jahren die Schwierigkeit gewesen. Seit 2016 sei der Aufstieg in Aussicht gestellt und seit diesem Jahr sei mit Frankfurt der Erste wieder aufgestiegen. Das sei eine ganz wichtige Entwicklung im Eishockey, aber man sollte nicht in den Dimensionen von Berlin oder Mannheim oder so denken, sondern man sollte realistisch bleiben. Und es gebe auch Mannschaften, die in Hallen zwischen 4500 und 4700 Besuchern spielen und in der Liga bestehen können. So habe man sich mit den Eislöwen, welche natürlich von einer 7000-Mann-Halle geträumt habe, auf 4700 Besucherplätzen geeinigt.

Zum Zeitpunkt des Baus gab es eine andere DEL-Richtlinie und da war man DEL-Tauglich. Der 9000 Punkte Plan sei erst danach gekommen.

Die Auflagen für den damaligen Ersatzneubau hingen mit dem hohen Anteil an Bundesförderungsmitteln zusammen. Jetzt investiere die Stadt ohne Förderung selber.

Herr Seifert möchte wissen, wo die Überschüsse herkommen.

Herr Baronik sei dazu nicht aussagefähig. 2021 habe der Stadtrat Überschüsse aufgeteilt und 10 Mio. Euro habe der Sport bekommen. Aber nähere Informationen habe er nicht.

Es gibt keine weiteren Rückfragen und **Herr Barth** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) beschließt den Um- und Ausbau der JOY-NEXT Arena zur Verbesserung und Flexibilisierung der Nutzung und zur Erlangung der DEL-Fähigkeit.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 6 Nein 2 Enthaltung 7

4.3 Die Subventionierung öffentlicher Parkplätze beenden - Für eine Gleichbehandlung aller Mobilitätsformen sorgen! **A0313/22**
beratend

Vertagung

4.4 Benennungskonzept für Straßen und Plätze rund um das neue Verwaltungszentrum **A0329/22**
beratend

Vertagung

4.5 Neubenennung von Straßen, hier Benennung einer Straße im Bebauungsplan Nr. 3027 A, Dres-den-Altstadt I Nr. 52, Ferdinandplatz/ Verwaltungszentrum in "Gebrüder-Arnhold-Platz" **A0319/22**
beratend

Vertagung

4.6 Hans-Jürgen Dörner ehren – „Lennéstraße“ in „Dixie-Dörner-Straße“ umbenennen **A0330/22**
beratend

Vertagung durch Einreicher

4.7 Konzept zur „Erhöhung der Lebensqualität in Stadtvierteln und Verringerung der Auswirkungen des Kfz-Verkehrs“ **A0324/22**
beratend

Vertagung

4.8 Dresden für junge Menschen attraktiver machen: Clubkultur retten **A0357/22**
beratend

Frau Stadträtin Mühlbach stellt den Antrag vor.

Herr Barth teilt mit, dass die Ergänzungen, welche im Stadtbezirksbeirat Neustadt angesprochen wurden vom Einreicher übernommen seien und daher der Antrag schon geändert sei.

Aus Sicht des Geschäftsbereiches Kultur und Tourismus nimmt **Herr Barth** wie folgt Stellung. Grundsätzlich werde die Dresdner Clubszene seitens der Kulturverwaltung als eine sehr wichtige Bereicherung des Dresdner Kultur- und Freizeitlebens angesehen. Die Szene werde auch seit langem von der Landeshauptstadt Dresden im Bereich der institutionellen Förderung unterstützt. Auch habe der Stadtbezirksbeirat eine gewisse Unterstützung in der Neustadt gegeben. Die geförderten Institutionen zeichnen sich durch eine wichtige Rolle für die künstlerische und musikalische Entwicklung aus. Darüber hinaus unterstütze die Landeshauptstadt Dresden auch die erwerbswirtschaftlich orientierten Bereiche. So wurde der Branchenverband „Wir gestalten Dresden“ oder der Klubnetz Dresden e. V. unterstützt. Auf die einzelnen Beschlusspunkte eingehend, werde zum Punkt 1 angezeigt, dass die Evaluation bzw. wissenschaftliche Untersuchung einen guten Überblick bieten könne, wenn diese auf einer fundierten Datenlage basieren. Diese werde aber angesichts der Coronakrise und der langen Schließzeiten eher nicht gesehen. Im Umweltamt gebe es keinen Überblick und keine Statistik über existierende bzw. geschlossene Clubs und auch im Bauaufsichtsamt fehle eine entsprechende Datenlage. Die im Punkt 2 benannte regelmäßige Datenerhebung sei zu keiner Zeit vorgesehen und momentan sei auch keine neue derartige Studie in Planung. Ebenso würden dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Des Weiteren werde auf den Datenschutz verwiesen und eine Erhebung nur mit Einwilligung der beteiligten Clubs möglich sei. Wenn Gelder im Haushalt dafür zur Verfügung stehen sollten, dann sehe man dies eher als ein Vorschlag entsprechende Netzwerke damit zu beauftragen, wie zum Beispiel KlubnetzDresden e. V. Die im Punkt 3 benannte Befragung in der kommunalen Bürgerumfrage mit aufzunehmen könne geprüft werden. Und zu Punkt 4 werde ausgeführt, dass bei einer Novellierung des Kulturentwicklungsplanes über den Stellenwert der Klubkultur entschieden werden sollte. Allerdings müssten die Prozesse vom Gesamtdesign der Planungs- und Beteiligung geprüft werden. Momentan sei ein Vorgriff auf diese Prozesse, über deren Ergebnisse der Stadtrat entscheide, wenig sinnvoll. Eine Neufassung des Kulturentwicklungsplanes sei derzeit auch nicht in Planung.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Herr Händler, Frau Schubert, Herr Hoffmann, Herr Dzallas und Herr Seifert.**

- Die Quintessenz die gesehen werde, sei eine strukturelle Förderung, wie bei Theater oder ähnlichem, am Ende das Ziel. Die Datenlage soll dies nur untermauern, dass dies notwendig sei. Aber die kleinen Clubs leben von ihrer Lebendigkeit. Man sei der Meinung, dass man vielleicht mit der Lärmschutzordnung mehr helfen würde, als mit einer Datenlage. Wenn das Ziel eine strukturierte Förderung sei, dann sollte direkt dort angesetzt werden.
- Der Antrag werde für sinnvoll erachtet, um auch den aktuellen Stand zu erfahren. Ebenso sehe man die Ergänzungen, welche vom Einreicher in der Sitzung des Stadtbezirksbeirates Neustadt eingebracht wurden und fände es gut, wenn dies hier auch möglich wäre.
- Man sei der Meinung, dass der ergänzende Punkt 5 keinen Sinn mache, da es eigentlich darum gehe, dass die Stadt Liegenschaften im eigenen Besitz melden soll, die für die Club- und Kulturszene zur Verfügung gestellt werden könnten. Damit würden aber alle kommunalen Objekte zur Verfügung stehen, aber umgedreht kenne man die unterschiedlichen Anforderungen nicht, da für ein Schlagzeug ein Bürogebäude sicherlich ungeeignet, aber für eine Harfengruppe durchaus geeignet sei. Daher sei das alles zu unkonkret und sehr viel Verwaltungsaufwand.
- Man könne alles kompliziert machen, aber an erster Stelle sollte stehen, was sei vorhanden und was sei Bedarf.
- Eine Datenerhebung sei sicherlich schön und gut, aber koste bestimmt viel Geld. Das Geld sei aber wahrscheinlich viel besser angelegt, wenn es an den „Klubnetz Dresden“ e. V. gege-

ben werde. Auch sei es eigentlich eine Sache der Zivilgesellschaft, die aktiviert und sensibilisiert werden sollte. Gerne würde man das unterstützen, wisse aber nicht, ob das der richtige Weg sei. Man sei der Meinung, dass die Lobbyarbeit der „Klubnetz Dresden“ e.V. selber mache, auch was die Datenerhebung angehe. Vielleicht sei es besser diese Stellen zu nutzen und nicht immer die Verwaltung mit ihren „Bürokratiemonstern“.

- Mit dem Antrag werde nicht gesagt, dass diese Datenanalyse durch die Verwaltung selber erstellt werden müsse.
- Zum Thema Digitalisierung, wenn man es hinbekomme, alles auf einen „schlanke Fuß“ zu stellen, analog Bürgerumfrage, dann möge es sinnvoll sein. Aber dann sei es ein Projekt, was man nicht großartig beantragen müsse.

Frau Stadträtin Mühlbach merkt an, dass es nicht um eine strukturelle Förderung gehe. Die Problematik bestehe darin, dass die Mehrheit der Clubs privatwirtschaftlich organisiert seien. In der Vergangenheit habe man bei den Clubs, aber auch bei den Kreativräumen die Situation der zu starken Gentrifizierung durch Auflagen im Bereich des Lärmschutzes oder der Nichtbeachtung der Szene bei Bauvorhaben beobachten können. Dadurch werde die Möglichkeit für eine Clubbetreuung immer mehr eingeschränkt. Um zu erfahren, was die Clubs brauchen, sei es wichtig zu wissen, was es für Clubs gebe und welche Möglichkeiten gebe es für die zukünftige Unterhaltung sowie der Erhaltung und wo könne die Stadt unterstützend wirken. Das soll in der Regel nicht durch eine finanzielle Unterstützung erfolgen, sondern zum Beispiel durch die Beachtung bei bestimmten Bebauungsplänen, durch den besonderen Blick auf den Lärmschutz oder beim Ankauf von bestimmten Flächen. Um eine passgenaue und verbindliche Unterstützung den Clubs zusagen zu können und nicht über diese hinweg, sondern mit denen gemeinsam, wäre so eine Datenlage sinnvoll.

Man wisse, dass im aktuellen Haushalt keine finanziellen Mittel vorgesehen seien. Es gebe aber ein Kulturerhaltungsprogramm vom Land und da sei es durchaus möglich, dass dort Mittel abgerufen werden können, um so eine Datenanalyse erstellen zu können.

Die Ergänzungen werden auch im Stadtbezirksbeirat Altstadt vom Einreicher übernommen.

„Punkt 5 eine Liste von Flächen, Gebäuden und Orten im kommunalen Besitz zu erstellen, die grundsätzlich als Räume für die Musik, Club und Band-Szene sowie Ateliers für Künstler*innen bereitgestellt werden könnten, zudem unter welchem Aufwand diese Orte für diesen Zweck ertüchtigt werden müssten.“

Punkt 6 die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, eine gleichartige Regelung des Bremer „Orts-gesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys“ in Dresden zu erlassen.“

Den Einwand könne man verstehen, aber im Punkt 5 heiße es „grundsätzlich als Räume für die Musik, Club und Band-Szene“ und es sei in den vergangenen Wochen, aufgrund des Brandes im Industriegelände, schon eine Befragung durch das Amt für Kultur und Denkmalschutz erfolgt. Es gebe eine Reihe von städtischen Liegenschaften, wie beispielsweise Räume in der Loge, welche derzeit vom Heinrich-Schütz-Konservatorium angemietet seien und im nächsten Jahr neu vermietet werden sollen, durch die Stesad. Wenn man dies in den Kontext der Geschehnisse der Club- und Kulturszene bringe, dann wäre dies so eine kommunale Liegenschaft, die der Stadt noch bis 2028 zur Vermietung zur Verfügung stehen würde und in die Diskussion gebracht werden könnte. Dazu gehören auch die Gelände vom ehemaligen Theaters der Jungen Generation oder auch der alten Staatsoperette.

Auf die Ausführungen von Frau Stadträtin Mühlbach eingehend erklärt **Herr Barth**, dass er selber in der Arbeitsgruppe der Verwaltung sei, die unmittelbar nach dem Brand angefangen habe zu arbeiten. Diese Arbeitsgruppe habe eine Liste von vielen städtischen Objekten sich vorgenommen und prüfe diese auf die Eignung für kurzfristige Ersatzproberäume. Dies werde mit sehr viel Engagement wahrgenommen. Es gebe eine zweite Liste mit privaten Objekten und diese werden ebenfalls geprüft. Die Herausforderung sei die erforderliche Baugenehmigung. Das sei die kurzfristige Hilfe. Der zweite Punkt, sei die finanzielle Hilfe und diese werde vom Stadtbezirksbeirat Neustadt den Künstlern zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Strategiepunkt der Arbeitsgruppe sei eine langfristige Schaffung von Probe- und Kulturräumen. Das sei aber ein Stückchen losgelöst vom Antrag zu sehen. Aber auf die Ergänzungspunkte bezogen, seien diese quasi schon in der Abarbeitung.

Das erste Ziel sei die kurzfristige Lösung und das zweite Ziel beinhalte die langfristige Schaffung. Die Stadtverwaltung habe schon begriffen, dass die Subkultur eine wichtige Einrichtung sei. Aber dies sei losgelöst von diesem Antrag zu sehen. Der Antrag richte sich auf eine Datenerfassung, um eine Grundlage für eine Entscheidung zu haben.

Frau Stadträtin Mühlbach geht kurz auf die aktuelle Situation des Brandgeschehens ein. Aber wie eingangs angezeigt, habe der Antrag mit dem Brand nichts zu tun. Dieser sei vorher schon eingebracht gewesen und er soll dazu führen, dass es eine verlässliche Datengrundlage gebe, auf die eine passgenaue Unterstützung dieser jungen, kreativen Szene für die Zukunft zugeschnitten werden könne. Natürlich koste das Geld und nein, der „Klubnetz Dresden“ e. V. möchte dieses Geld nicht haben. Der „Klubnetz Dresden“ e. V. habe diesen Antrag mit unterstützt. Und es sei durchaus möglich, wenn die finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln generiert werde, dass dann der „Klubnetz Dresden“ e. V. beauftragt werde, um diese Datenanalyse durchzuführen. Das helfe sicherlich mehr, als das Geld. Dieses sei in kürzester Zeit aufgebraucht. Hier schaffe man eine Datenanalyse auf die langfristig aufgebaut werden könne. Zum einen sei die Datenanalyse nicht der einzige Bestandteil des Antrages und zum anderen sollte es schon eine fundierte Analyse sein, hinter der der Stadtrat auch stehe.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf und **Herr Barth** bringt den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. bis zum 31. Dezember 2022 eine Evaluation der Clubszene in der Landeshauptstadt Dresden vorzulegen als Ist-Stands-Analyse mit Blick auf Größe, Lage und Besucherzahl der in Dresden ansässigen Clubs,
2. diese Daten zukünftig regelmäßig in der Studie zur Kultur- und Kreativwirtschaft des Amtes für Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Dresden zu erheben,
3. Fragen zur Bedeutung der Clubkultur für die Wahl des Studien-, Arbeits- und Lebensortes in die kommunale Bürgerumfrage aufzunehmen und
4. die Clubkultur bei Neufassung des Kulturentwicklungsplanes der Landeshauptstadt Dresden als eigenständiges Kapitel aufzunehmen.

5. eine Liste von Flächen, Gebäuden und Orten im kommunalen Besitz zu erstellen, die grundsätzlich als Räume für die Musik, Club und Band-Szene sowie Ateliers für Künstler*innen bereitgestellt werden könnten, zudem unter welchem Aufwand diese Orte für diesen Zweck ertüchtigt werden müssten.
6. die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, eine gleichartige Regelung des Bremer „Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys“ in Dresden zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 11 Nein 2 Enthaltung 2

5 Kennnismahme der Niederschrift zur 36. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 04.05.2022

Es gibt keine Einwände zur Niederschrift und der Stadtbezirksbeirat nimmt diese zur Kenntnis. Herr Engler und Herr Händler unterzeichnen diese.

6 Informationen, Hinweise und Anfragen

Folgende Unterlagen wurden im Vorfeld der Sitzung versandt, so **Herr Barth**. Zum einen seien dies die Beschlusskontrollen zu

- V-Alt00072/21 "Entwicklung Quartiersplatz "Am Bramschkontor" - Übernahme Eigenanteil"
- V-Alt00077/21 "Aufstellung von zwei Bänken an der Reitbahnstraße"
- V-Alt00057/21 "Vorschlag zur Straßenbenennung einer neuen öffentlichen Verkehrsfläche zwischen Pfeifferhannsstraße und Gerokstraße"
- V-Alt00058/21 "Vorschlag zur Straßenbenennung einer neuen öffentlichen Verkehrsfläche zwischen Käthe-Kollwitz-Ufer und Florian-Geyer-Straße"
- V-Alt00078/21 „Straßenbaumpflanzung Mathildenstraße 3. Bauabschnitt“
- V-Alt00091/22 „Anschaffung eines Lastenrades für den kostenlosen Verleih "Freie Lastenräder"
- V-Alt00097/22 „Sanierung und Restaurierung der Grabstelle des Bildhauers Hans Hartmann-McLean“
- V-Alt00093/22 „13. Robert-Schumann-Ehrung“
- V-Alt00092/22 „Sanierung und Restaurierung der Grabstelle von Therese Malten“
- V-Alt00098/22 „Ausstellung "Heinrich Schütz und die Dresdner Kreuzkirche - Resonanzraum mit Ausstrahlung"
- V-Alt00096/22 „1. Bundesliga E-Rolli-Fußball in der Ballsportarena“
- V-Alt00095/22 „27. Friedrichstädter Stadtteilfest“
- V-Alt00094/22 „Friese - das Online-Newsportal für die Dresdner Friedrichstadt“
- V-Alt00090/22 „Erweiterung Gießkannen mit Pfandsystem“
- AF-Alt00011/22 "Baum an der nordöstlichen Ecke der Kreuzung Wilsdruffer Straße/Wallstraße".

Zum anderen wurden per E-Mail die Danksagung zur Projektförderung Alt-013/22 Heinrich Schütz und die Kreuzkirche, die Abrechnungszwischenstände von Projektförderungen 2021, die Pressemitteilungen zur Informationsveranstaltung: Parkraumkonzept Uniklinik, „Über Lärm und

Verkehrsprobleme in der Friedrichstadt diskutieren und zum „Graffitikonzept Landeshauptstadt Dresden“ weitergeleitet.

Darüber hinaus wurde in der Sitzung den Stadtbezirksbeiräten die Übersicht des SBR-Budget und der Sachbericht des Modellprojektes „Kulturmittler Wohnhof Hopfgartenstraße“ ausgereicht worden.

Mündlich informiert **Herr Barth** über die Sitzungen im 2. Halbjahr 2022. Da der Bürgersaal auf der Theaterstraße anderweitig genutzt werde, stehe dieser für die nächsten Sitzungen des Stadtbezirksbeirates nicht mehr zur Verfügung. Man sei dabei andere Sitzungsorte zu organisieren.

Zum Stand zweiter Wahlgang Oberbürgermeister sei man in der Vorbereitung. Die Wahllokale werden ab Freitag eingerichtet. Es gebe derzeit in etwa 106.000 Briefwahanträge. Die Briefwahlunterlagen müssten jetzt allen zugegangen seien. Die Diskussion der zu späten Zustellung, wie aus der Zeitung vernommen werden konnte, hänge mit den Fristen für eine mögliche Zurückziehung einer Kandidatur zusammen. Erst danach könne alles Weitere vorbereitet werden.

Es erfolgte die Abfrage für die HH-Exemplare ob gedruckt oder nicht.

In der letzten Sitzung wurde das Thema der Ansprechbarkeit der Stadtbezirksbeiräte angesprochen. Bei Herrn Engler, Herrn Promnitz, Frau Ludwig und Herrn Marschner fehle noch eine Kontaktmöglichkeit. Es wäre schön, wenn dies nachgeholt werden könnte.

Herr Barth geht auf das noch vorhandene Budget des Stadtbezirksbeirates ein. Man sei derzeit mit dem Straßen- und Tiefbauamt im Gespräch und eruiere die Wünsche des Stadtbezirksamtes und die Planungen des Straßen- und Tiefbauamtes, für gegebenenfalls finanzielle Unterstützungen, sofern der Stadtbezirksbeirat dieses wolle.

Herr Houska habe die Anfrage bekommen, dass am Fetscherplatz zwei Gebäude schon längere Zeit leer stehen würden, wo die Drewag einst gewesen sei und in dem anderen ein Blumenladen. Da interessierte der Eigentümer und ob es eine Nutzungsplanung gebe? **Frau Schubert** teilt mit, dass die Stadt Eigentümer sei. Zur Nutzungsplanung könne sie aber nichts sagen. **Herr Barth** bittet ihm eine E-Mail zukommen zu lassen.

Herr Dziallas möchte wissen, wie der Stand zu Lea Grundig sei. **Herr Barth** zeigt an, dass die AG „Straßenname“ dran sei und sich mit der Frage beschäftige, ob Lea Grundig jemanden geschadet habe in ihrer Funktion oder nicht. In der Arbeitsgruppe sei unter anderem das Amt für Geodaten und Kataster vertreten und Frau Töpfer ktoepfer@dresden.de könne kontaktiert werden.

Herr Knebel bittet um Informationen zum Stand Vorplatzgestaltung am Kristallpalast. **Herr Barth** liege kein aktueller Stand vor. Er bittet ihm eine E-Mail zukommen zu lassen.

Herr Hoffmann spricht die Breslauer Straße in Höhe Decathlon/Kugelhaus an. Hier sei zum wiederholten Male die Laterne umgefahren worden. Eine Beleuchtung werde aber an dieser Stelle als wichtig angesehen. Bestehe hier nicht die Möglichkeit etwas Massiveres zu bauen oder eine Alternative zu finden, damit die Laterne nicht immer wieder beschädigt werde? Auch hier bittet **Herr Barth** ihm dies per E-Mail zukommen zu lassen.

Herr Marschner zeigt an, dass das Abfrage-Portal zum Stand des Personalausweises, wenn dieser zur Abholung bereitstehe, nicht funktioniere. **Herr Barth** werde sich sachkundig machen und

bittet ihm eine E-Mail zukommen zu lassen. **Herr Hoffmann** geht auf die Terminalsituation ein und möchte wissen, ob sich diesbezüglich etwas bessern werde. 3 Monate für eine Terminvergabe sei sehr lang und was könne jemand tun, wenn er dringend einen neuen Ausweis benötige und keine 3 Monate warten könne? **Herr Barth** gehe davon aus, dass sich das wieder ändern werde. Es gebe die Möglichkeit dem Bürgerbüro eine E-Mail zu schreiben und das Anliegen zu schildern. Dann werde es mit Sicherheit auch eine frühere Möglichkeit geben.

Herr Gut möchte einen Vorschlag ankündigen. Es geht um die Einrichtung eines Wahllokals in der Friedrichstadt und begründet diesen. **Herr Barth** merkt an, dass es reichen würde ein Objekt zur Einrichtung eines Wahllokales zu benennen. Dazu brauche es kein Vorschlagsrecht. **Frau Pretzsch** zeigt an, dass das Prozedere, die Verhandlungen mit den Partnern es teilweise unmöglich machen, den Standort zu finden. Man sei schon im Versorgungszentrum, im Kulturforum bei Riesa efau oder im Krankenhaus Friedrichstadt gewesen. Die Verfügbarkeit sei immer schwierig mit fremden Partnern, deswegen liege der Focus auf den Schulen. Dies sollten barrierefrei sein und daher sei man in der 153. Grundschule. Man kämpfe immer um die Wahllokale, so **Herr Barth**. Natürlich könne der Vorschlag eingebracht werden, aber es können gerne Ideen eingebracht werden für ein barrierefreies Wahllokal an einer anderen Stelle. **Frau Krause** schlägt den Straßenbahnhof Walterstraße vor. Laut Herrn Barth sei dies schon abgeprüft worden und aus betrieblichen Gründen nicht möglich gewesen.

Es gibt keine weiteren Fragen und **Herr Barth** beendet die Sitzung.

André Barth
Vorsitzender

Marion Schröder
Schriftführerin

Susanne Krause
SBR-Mitglied

Sven Houska
SBR-Mitglied